

192 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates VII. GP.

10. 12. 1953.

Regierungsvorlage.

Bericht an den Nationalrat, betreffend das auf der 35. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommene Übereinkommen (Nr. 101) über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft.

A. Vorbemerkungen.

In der Zeit vom 4. bis 28. Juni 1952 trat in Genf die Internationale Arbeitskonferenz zu ihrer 35. Tagung zusammen, auf der Österreich durch eine vollständige Delegation vertreten war.

Auf dieser Konferenz wurde u. a. auch das Übereinkommen (Nr. 101) über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft angenommen.

Gemäß Art. 19 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation ist jeder Mitgliedstaat verpflichtet, die von der Konferenz angenommenen Übereinkommen und Empfehlungen den zur Entscheidung berufenen Stellen zum Zwecke der Verwirklichung durch die innerstaatliche Gesetzgebung oder zwecks sonstiger Maßnahmen zu unterbreiten und dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes in Genf von den betreffenden Maßnahmen in Kenntnis zu setzen. Die hierfür festgesetzte Frist beträgt ein Jahr, bei Vorliegen besonderer Umstände 18 Monate nach Schluß der Tagung der Konferenz. Da die offiziellen deutschen Texte des Übereinkommens erst im Mai d. J. auf einer Übersetzungskonferenz unter Beteiligung von Vertretern der Republik Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und der Schweiz festgelegt wurden und die Übersetzungstexte vom Internationalen Arbeitsamt erst nach Ablauf der einjährigen Frist übermittelt wurden, muß für die verfassungsmäßige Behandlung die außerordentliche Frist von 18 Monaten in Anspruch genommen werden. Diese Frist läuft am 28. Dezember 1953 ab.

Die Ratifikation eines internationalen Arbeitsübereinkommens hat für den ratifizierenden Staat die Wirkung, daß er verpflichtet ist, auf dem im Übereinkommen geregelten Gebiete seine Gesetzgebung mit den Forderungen des Übereinkommens in Einklang zu bringen. Dem Internationalen Arbeitsamt ist jährlich ein Bericht über die Maßnahmen zur Durchführung der Übereinkommen, denen der Mitgliedstaat beige-

treten ist, vorzulegen. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes legt der nächsten Arbeitskonferenz diese Berichte zur Prüfung vor.

Dem Übereinkommen kommt die Bedeutung eines Staatsvertrages zu, zu dessen Ratifikation gemäß Art. 65 Abs. 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 der Herr Bundespräsident zuständig ist. Die Ratifikation des Übereinkommens bedarf überdies zu ihrer Gültigkeit gemäß Art. 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 der Genehmigung des Nationalrates, da das Übereinkommen die Republik Österreich mindestens elf Jahre bindet und die gesetzgebende Körperschaft während dieser Zeit somit in ihrem Gesetzgebungsrecht insoweit eingeschränkt ist, als sie auf den Gebieten, die durch das Übereinkommen geregelt sind, kein Recht setzen darf, das unter die Mindestnormen des Übereinkommens geht.

B. Das Übereinkommen.

Das Übereinkommen (Nr. 101) über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft, dessen englischer und französischer Originaltext samt dem offiziellen deutschen Übersetzungstext in der Anlage beige-schlossen ist, verlangt von dem ratifizierenden Mitgliedstaat, daß er in seiner Gesetzgebung den Anspruch der Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Betrieben und verwandten Tätigkeiten auf einen bezahlten Jahresurlaub nach einer gewissen Dauer des Dienstverhältnisses anerkennt. Gemäß den Art. 2, 3 und 4 des Übereinkommens bleibt es dem ratifizierenden Staate überlassen, das Verfahren zur Regelung des bezahlten Jahresurlaubs zu bestimmen, die Voraussetzungen für den Erwerb des Anspruches und die Mindestdauer des bezahlten Jahresurlaubs festzusetzen und die Betriebe, Tätigkeiten und Personengruppen zu bestimmen, auf die dieses Übereinkommen Anwendung findet beziehungsweise die bestimmten Personengruppen zu bezeichnen, die von der Anwendung des Übereinkommens ausgenommen sind. Gemäß Art. 5 des Übereinkommens hat die Urlaubsregelung eine Begünstigung der jugendlichen Arbeitnehmer und eine Steigerung des bezahlten Urlaubs mit der zunehmenden Dienstdauer für

alle landwirtschaftlichen Dienstnehmer vorzusehen und Bestimmungen über die Nichtanrechnung auf den Urlaub von Feier- und Ruhetagen sowie von Zeiten zu enthalten, während welcher der Arbeiter infolge Krankheit oder Unfall an der Leistung seiner Dienste verhindert war. Der staatlichen Gesetzgebung bleibt es gemäß Art. 6 des Übereinkommens anheimgestellt, eine Teilung des Urlaubs zuzulassen. Art. 7 des Übereinkommens verlangt die Anerkennung des Anspruches auf ein Urlaubsentgelt und läßt die Abgeltung von Sachleistungen in einem entsprechenden Geldbetrag zu. Art. 8 bestimmt, daß Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer, die dem Zweck der Urlaubsregelung entgegenstehen, nichtig sind. Art. 9 des Übereinkommens verlangt von der innerstaatlichen Gesetzgebung die Anerkennung des Anspruches des schuldlos entlassenen Arbeitnehmers auf ein Urlaubsentgelt für jeden nach dem Übereinkommen zustehenden Urlaubstag. Der Mitgliedstaat, der das Übereinkommen ratifiziert, übernimmt gemäß Art. 10 die Verpflichtung, geeignete Einrichtungen zu schaffen oder aufrechtzuerhalten, welche die Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens gewährleisten.

Das Arbeitsrecht in der Land- und Forstwirtschaft ist im Bundesgesetz vom 2. Juni 1948, BGBl. Nr. 140, betreffend die Grundsätze für die Regelung des Arbeitsrechtes in der Land- und Forstwirtschaft (Landarbeitsgesetz), geregelt. § 65 dieses Gesetzes enthält besondere Bestimmungen über den Urlaub. Danach entsteht für den Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft bereits nach einer ununterbrochenen Dienstzeit von neun Monaten ein Urlaubsanspruch. Das Urlaubsausmaß beträgt in den ersten fünf Jahren zwölf Werktage und steigt mit der Anzahl der Dienstjahre auf 24 Werktage pro Arbeitsjahr. Dabei werden die gesetzlichen Feiertage nach dem Feiertagsruhegesetz auf den Urlaub nicht angerechnet. Die Dienstnehmer in der Land- und Forstwirtschaft behalten gemäß § 67 des Land-

arbeitsgesetzes während ihres Urlaubs den Anspruch auf Entgelt. Nehmen sie die Kost während ihres Urlaubs nicht in Anspruch, dann gebührt ihnen für jeden Urlaubstag und die in den Urlaub fallenden Sonn- und Feiertage eine Vergütung in barem; diese beträgt das Eineinhalbfache der für Zwecke der Sozialversicherung festgesetzten Bewertungssätze. Im Falle der Lösung des Dienstverhältnisses gebührt dem Dienstnehmer gemäß § 68 des Landarbeitsgesetzes für die Zeit vor dem Erwerb eines Urlaubsanspruches eine Abfindung. Für die jugendlichen Dienstnehmer ist eine günstigere Urlaubsregelung vorgesehen, da diesen gemäß § 67 Abs. 4 des Landarbeitsgesetzes ein zusammenhängender Urlaub von 24 Werktagen gebührt. Die Einhaltung der Urlaubsbestimmungen ist durch die Einrichtung der Land- und Forstwirtschaftsinspektion gewährleistet.

Sämtliche Mindestnormen des Übereinkommens sind somit in der österreichischen Gesetzgebung bereits verwirklicht. Zur Frage der Ratifikation des Übereinkommens haben daher alle befragten Stellen zustimmend Stellung genommen.

Angesichts der dargelegten Rechtslage in Österreich auf dem durch das genannte Übereinkommen geregelten Gebiet hat die Bundesregierung in der Sitzung des Ministerrates vom 17. November 1953 den Beschluß gefaßt, dem Herrn Bundespräsidenten die vorbehaltlose Ratifikation des Übereinkommens (Nr. 101) über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft vorzuschlagen und hiezu gemäß Art. 50 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 die Genehmigung des Nationalrates einzuholen.

Die Bundesregierung stellt nunmehr den

Antrag:

„Der Nationalrat wolle dem Übereinkommen (Nr. 101) über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft die verfassungsmäßige Genehmigung erteilen.“

CONVENTION CONCERNING HOLIDAYS WITH PAY IN AGRICULTURE.

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Thirty-fifth Session on 4 June 1952, and

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to holidays with pay in agriculture, which is the fourth item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-sixth day of June of the year one thousand nine hundred and fifty-two the following Convention, which may be cited as the Holidays with Pay (Agriculture) Convention, 1952:

Article 1

Workers employed in agricultural undertakings and related occupations shall be granted an annual holiday with pay after a period of continuous service with the same employer.

Article 2

1. Each Member which ratifies this Convention shall be free to decide the manner in which provision shall be made for holidays with pay in agriculture.

CONVENTION CONCERNANT LES CONGÉS PAYÉS DANS L'AGRICULTURE.

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 4 juin 1952, en sa trente-cinquième session,

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives aux congés payés dans l'agriculture, question qui constitue le quatrième point à l'ordre du jour de la session,

Après avoir décidé que ces propositions prendraient la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-sixième jour de juin mil neuf cent cinquante-deux, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur les congés payés (agriculture), 1952:

Article 1

Les travailleurs employés dans les entreprises de l'agriculture ainsi que dans les occupations connexes devront bénéficier d'un congé annuel payé après une période de service continu auprès du même employeur.

Article 2

1. Tout Membre qui ratifie la présente convention sera libre de décider de la manière dont sera assuré l'octroi des congés payés dans l'agriculture.

(Amtliche Übersetzung)

Übereinkommen (Nr. 101) über den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft.

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 4. Juni 1952 zu ihrer fünfunddreißigsten Tagung zusammengetreten ist,

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen, betreffend den bezahlten Urlaub in der Landwirtschaft, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und hat dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 26. Juni 1952, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den bezahlten Urlaub (Landwirtschaft), 1952, bezeichnet wird.

Artikel 1

Arbeitnehmern in landwirtschaftlichen Betrieben und in verwandten Tätigkeiten ist nach einer gewissen Dauer ununterbrochenen Dienstes bei demselben Arbeitgeber ein bezahlter Jahresurlaub zu gewähren.

Artikel 2

1. Jedem Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, steht es frei, über das Verfahren zu entscheiden, nach welchem der bezahlte Urlaub in der Landwirtschaft geregelt wird.

2. Such provision may be made, where appropriate, by means of collective agreement or by entrusting the regulation of holidays with pay in agriculture to special bodies.

3. Wherever the manner in which provision is made for holidays with pay in agriculture permits—

(a) there shall be full preliminary consultation with the most representative organisations of employers and workers concerned, where such exist, and with any other persons, specially qualified by their trade or functions, whom the competent authority deems it useful to consult;

(b) the employers and workers concerned shall participate in the regulation of holidays with pay, or be consulted or have the right to be heard, in such manner and to such extent as may be determined by national laws or regulations, but in any case on a basis of complete equality.

Article 3

The required minimum period of continuous service and the minimum duration of the annual holiday with pay shall be determined by national laws or regulations, collective agreement, or arbitration award, or by special bodies entrusted with the regulation of holidays with pay in agriculture, or in any other manner approved by the competent authority.

Article 4

1. Each Member which ratifies this Convention shall be free to determine, after consultation

2. L'octroi des congés payés dans l'agriculture pourra être assuré éventuellement par voie de convention collective ou en confiant la réglementation à des organismes spéciaux.

3. Lorsque la manière dont est assuré l'octroi des congés payés dans l'agriculture le permet:

a) il devra être procédé à une consultation préliminaire approfondie des organisations les plus représentatives d'employeurs et de travailleurs intéressés, s'il en existe, et de toutes autres personnes spécialement qualifiées à cet égard par leur profession ou leurs fonctions auxquelles l'autorité compétente jugerait utile de s'adresser;

b) les employeurs et travailleurs intéressés devront participer à la réglementation des congés payés, ou être consultés, ou avoir le droit d'être entendus, sous la forme et dans la mesure qui pourront être déterminées par la législation nationale, mais dans tous les cas sur la base d'une égalité absolue.

Article 3

La période minimum requise de service continu et la durée minimum du congé annuel payé seront déterminées par voie de législation nationale, de convention collective, de sentence arbitrale ou par des organismes spéciaux chargés de la réglementation des congés payés en agriculture, ou par toute autre voie approuvée par l'autorité compétente.

Article 4

1. Tout Membre qui ratifie la présente convention a la liberté, après consultation des organi-

2. Die Regelung des bezahlten Urlaubs in der Landwirtschaft kann im Wege von Gesamtarbeitsverträgen oder dadurch gesichert werden, daß sie besonderen Stellen übertragen wird.

3. Soweit das Verfahren, nach welchem der bezahlte Urlaub in der Landwirtschaft geregelt wird, es gestattet,

a) sind die maßgebenden beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, falls solche bestehen, wie auch nach Ermessen der zuständigen Behörde andere durch ihren Beruf oder ihren Wirkungskreis dazu besonders geeignete Personen zuvor eingehend zu Rate zu ziehen,

b) haben die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Regelung des bezahlten Urlaubs teilzunehmen oder müssen sie dabei zu Rate gezogen werden oder das Recht haben, angehört zu werden, und zwar in der Form und in dem Maße, wie die innerstaatliche Gesetzgebung dies vorsieht, jedenfalls aber auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung.

Artikel 3

Die erforderliche Mindestdauer ununterbrochenen Dienstes und die Mindestdauer des bezahlten Jahresurlaubs sind durch die innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch oder durch besondere Stellen, die mit der Regelung des bezahlten Urlaubs in der Landwirtschaft betraut sind, oder nach einem anderen von der zuständigen Stelle genehmigten Verfahren festzusetzen.

Artikel 4

1. Jedem Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, steht es frei, nach Anhörung der maß-

with the most representative organisations of employers and workers concerned, where such exist, to which undertakings, occupations, and categories of persons referred to in Article 1 the provisions of the Convention shall apply.

2. Each Member which ratifies this Convention may exclude from the application of all or any of the provisions of the Convention categories of persons whose conditions of employment render such provisions inapplicable to them, such as members of the farmer's family employed by him.

Article 5

Where appropriate, provision shall be made, in accordance with the established procedure for the regulation of holidays with pay in agriculture, for—

- (a) more favourable treatment for young workers, including apprentices, in cases in which the annual holiday with pay granted to adult workers is not considered adequate for young workers;
- (b) an increase in the duration of the annual paid holiday with the length of service;
- (c) proportionate holidays or payment in lieu thereof, in cases where the period of continuous service of a worker is not of sufficient duration to qualify him for an annual holiday with pay but exceeds such minimum period as may be determined in accordance with the established procedure;
- (d) the exclusion from the annual holiday with pay of public and customary holidays and weekly rest

sations les plus représentatives d'employeurs et de travailleurs intéressés, s'il en existe, de déterminer les entreprises, les occupations et les catégories de personnes visées à l'article 1 auxquelles devront s'appliquer les dispositions de la convention.

2. Tout Membre qui ratifie la présente convention peut exclure de l'application de l'ensemble ou de certaines des dispositions de la convention les catégories de personnes à l'égard desquelles ces dispositions sont inapplicables du fait de leurs conditions d'emploi, telles que les membres de la famille de l'exploitant employés par ce dernier.

Article 5

Lorsque cela est opportun, il devra être prévu, conformément à la procédure établie pour la réglementation des congés payés dans l'agriculture:

- a) un régime plus favorable pour les jeunes travailleurs, y compris les apprentis, dans les cas où les congés payés annuels octroyés aux travailleurs adultes ne sont pas considérés comme appropriés pour des jeunes travailleurs;
- b) un accroissement de la durée du congé payé, avec la durée du service;
- c) un congé proportionnel ou, à défaut, une indemnité compensatoire, si la période de service continu d'un travailleur ne lui permet pas de prétendre à un congé annuel payé, mais dépasse une période minimum déterminée conformément à la procédure établie;
- d) lors de l'attribution du congé annuel payé, l'exclusion des jours fériés officiels et coutumiers, des

gebenden beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, falls solche bestehen, zu bestimmen, auf welche der in Artikel 1 bezeichneten Betriebe, Tätigkeiten und Personengruppen die Bestimmungen des Übereinkommens Anwendung finden.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, kann von der Anwendung aller oder einzelner Bestimmungen des Übereinkommens Personengruppen ausnehmen, auf die diese Bestimmungen infolge ihrer Anstellungsbedingungen unanwendbar sind, wie zum Beispiel die vom Betriebsinhaber beschäftigten Familienangehörigen.

Artikel 5

Wo es angebracht ist, ist nach dem für die Regelung des bezahlten Urlaubs in der Landwirtschaft eingeführten Verfahren Vorsorge zu treffen für

- a) eine günstigere Behandlung jugendlicher Arbeitnehmer einschließlich der Lehrlinge in Fällen, in denen der den erwachsenen Arbeitnehmern gewährte bezahlte Jahresurlaub als nicht angemessen für jugendliche Arbeitnehmer einschließlich der Lehrlinge angesehen wird,
- b) eine der Dienstdauer entsprechende Verlängerung des bezahlten Urlaubs,
- c) einen im entsprechenden Verhältnis bemessenen Urlaub oder eine Abgeltung des Urlaubs in Fällen, in denen die Dauer des ununterbrochenen Dienstes dem Arbeitnehmer keinen Anspruch auf bezahlten Jahresurlaub gibt, jedoch eine nach dem eingeführten Verfahren bestimmte Mindestdauer überschreitet,
- d) die Nichteinrechnung von öffentlichen oder üblichen Feiertagen und wöchentlichen Ruhezeiten in den

periods, and, to such extent as may be determined in accordance with the established procedure, temporary interruptions of attendance at work due to such causes as sickness or accident.

Article 6

The annual holiday with pay may be divided within such limits as may be laid down by national laws or regulations, collective agreement, or arbitration award, or by special bodies entrusted with the regulation of holidays with pay in agriculture, or in any other manner approved by the competent authority.

Article 7

1. Every person taking a holiday in virtue of this Convention shall receive, in respect of the full period of the holiday, not less than his usual remuneration, or such remuneration as may be prescribed in accordance with paragraphs 2 and 3 of this Article.

2. The remuneration payable in respect of the holiday shall be calculated as prescribed by national laws or regulations, collective agreement, or arbitration award, or by special bodies entrusted with the regulation of holidays with pay in agriculture, or in any other manner approved by the competent authority.

3. Where the remuneration of the person taking a holiday includes payments in kind, provision may be made for the payment in respect of holidays of the cash equivalent of such payments in kind.

Article 8

Any agreement to relinquish the right to an annual holiday

périodes de repos hebdomadaire, et, dans les limites fixées conformément à la procédure établie, des interruptions temporaires de travail dues notamment à la maladie ou à un accident.

Article 6

Le congé annuel payé pourra être fractionné dans les limites pouvant être fixées par voie de législation nationale, de convention collective, de sentence arbitrale ou par des organismes spéciaux chargés de la réglementation des congés payés en agriculture, ou par toute autre voie approuvée par l'autorité compétente.

Article 7

1. Toute personne prenant un congé en vertu de la présente convention recevra, pour toute la durée dudit congé, une rémunération qui ne pourra être inférieure à sa rémunération habituelle, ou telle rémunération qui pourrait être prescrite conformément aux paragraphes 2 et 3 du présent article.

2. La rémunération à verser pour la période du congé sera calculée de la manière prescrite par voie de législation nationale, de convention collective, de sentence arbitrale ou par des organismes spéciaux chargés de la réglementation des congés payés en agriculture, ou par toute autre voie approuvée par l'autorité compétente.

3. Lorsque la rémunération de la personne qui prend un congé comporte des prestations en nature, il pourra lui être versé, pour la période du congé, la contre-valeur en espèces de ces prestations.

Article 8

Tout accord portant sur l'abandon du droit au congé

bezahlten Jahresurlaub, ebenso von zeitweiligen Arbeitsunterbrechungen in einem nach dem eingeführten Verfahren bestimmten Ausmaß, insbesondere wenn die Unterbrechungen durch Krankheit oder Unfall verursacht worden sind.

Artikel 6

Der bezahlte Jahresurlaub kann innerhalb der Grenzen geteilt werden, die durch die innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch oder durch besondere Stellen, die mit der Regelung des bezahlten Urlaubs in der Landwirtschaft betraut sind, oder nach einem anderen von der zuständigen Stelle genehmigten Verfahren festgesetzt werden.

Artikel 7

1. Jeder Person, die nach diesem Übereinkommen Urlaub nimmt, ist für die ganze Urlaubsdauer mindestens ihr übliches Entgelt oder das nach den Absätzen 2 und 3 dieses Artikels vorgeschriebene Entgelt zu zahlen.

2. Das Urlaubsgeld ist in der Weise zu berechnen, wie es durch die innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsvertrag oder Schiedsspruch oder durch besondere Stellen, die mit der Regelung des bezahlten Urlaubs in der Landwirtschaft betraut sind, oder nach einem anderen von der zuständigen Stelle genehmigten Verfahren bestimmt ist.

3. Schließt das Entgelt einer Person, die Urlaub nimmt, Sachleistungen ein, so kann ihr für die Urlaubsdauer ein den Sachleistungen entsprechender Geldbetrag gezahlt werden.

Artikel 8

Jede Vereinbarung über die Abdingung des Anspruchs auf

with pay, or to forgo such a holiday, shall be void.

Article 9

A person dismissed for a reason other than his own misconduct before he has taken a holiday due to him shall receive in respect of every day of holiday due to him in virtue of this Convention the remuneration provided for in Article 7.

Article 10

Each Member which ratifies this Convention undertakes to maintain, or satisfy itself that there is maintained, an adequate system of inspection and supervision to ensure the application of its provisions.

Article 11

Each Member which ratifies this Convention shall communicate annually to the International Labour Office a general statement indicating the manner in which the provisions of the Convention are implemented, and, in summary form, the occupations, categories and approximate number of workers covered, the duration of the holidays granted, and the more important of the other conditions, if any established relevant to holidays with pay in agriculture.

Article 12

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

Article 13

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

annuel payé ou sur la renonciation audit congé devra être considéré comme nul.

Article 9

Toute personne congédiée sans qu'il y ait eu faute de sa part, avant d'avoir pris un congé qui lui est dû, devra recevoir, pour chaque jour de congé dû en vertu de la présente convention, la rémunération prévue à l'article 7.

Article 10

Tout Membre qui ratifie la présente convention s'engage à faire en sorte qu'il existe un système approprié d'inspection et de contrôle pour en assurer l'application.

Article 11

Tout Membre qui ratifie la présente convention devra communiquer chaque année au Bureau international du Travail un exposé général faisant connaître la manière dont les dispositions de la convention sont appliquées. Cet exposé comprendra des indications sommaires sur les occupations, les catégories et le nombre approximatif des travailleurs auxquels cette réglementation s'applique, la durée des congés octroyés et, le cas échéant, les autres mesures les plus importantes relatives aux congés payés dans l'agriculture.

Article 12

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

Article 13

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

den bezahlten Jahresurlaub oder über den Verzicht auf diesen Urlaub ist als nichtig anzusehen.

Artikel 9

Wird der Arbeitnehmer ohne sein Verschulden entlassen, bevor er den ihm zustehenden Urlaub genommen hat, so ist ihm für jeden ihm nach diesem Übereinkommen zustehenden Urlaubstag das in Artikel 7 vorgesehene Entgelt zu zahlen.

Artikel 10

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß ein geeignetes System der Aufsicht und Überwachung besteht, das die Einhaltung der Bestimmungen des Übereinkommens gewährleistet.

Artikel 11

Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert, hat dem Internationalen Arbeitsamt alljährlich eine allgemeine Darlegung zu übermitteln, die über die Art und Weise der Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens Auskunft gibt. Diese Darlegung hat zusammenfassende Angaben zu enthalten über die Tätigkeiten, die Gruppen und die ungefähre Zahl der von der Regelung erfaßten Arbeitnehmer, über die Dauer des gewährten Urlaubs und gegebenenfalls über die wichtigsten anderen Maßnahmen, die hinsichtlich des bezahlten Urlaubs in der Landwirtschaft getroffen werden.

Artikel 12

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

Artikel 13

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

Article 14

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraph 2 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate—

- (a) the territories in respect of which the Member concerned undertakes that the provisions of the Convention shall be applied without modification;
- (b) the territories in respect of which it undertakes that the provisions of the Convention shall be applied subject to modifications, together with details of the said modifications;
- (c) the territories in respect of which the Convention is inapplicable and in such cases the grounds on which it is inapplicable;
- (d) the territories in respect of which it reserves its decision pending further consideration of the position.

2. The undertakings referred to in subparagraphs (a) and (b) of paragraph 1 of this Article shall be deemed to be an integral part of the ratification and shall have the force of ratification.

3. Any Member may at any time by a subsequent declaration cancel in whole or in part any reservation made in its original declaration in virtue of subparagraphs (b), (c) or (d), of paragraph 1 of this Article.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

Article 14

1. Les déclarations qui seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail, conformément au paragraphe 2 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail, devront faire connaître:

- a) les territoires pour lesquels le Membre intéressé s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées sans modification;
- b) les territoires pour lesquels il s'engage à ce que les dispositions de la convention soient appliquées avec des modifications, et en quoi consistent lesdites modifications;
- c) les territoires auxquels la convention est inapplicable et, dans ces cas, les raisons pour lesquelles elle est inapplicable;
- d) les territoires pour lesquels il réserve sa décision en attendant un examen plus approfondi de la situation à l'égard desdits territoires.

2. Les engagements mentionnés aux alinéas a) et b) du premier paragraphe du présent article seront réputés parties intégrantes de la ratification et porteront des effets identiques.

3. Tout Membre pourra renoncer, par une nouvelle déclaration, à tout ou partie des réserves contenues dans sa déclaration antérieure en vertu des alinéas b), c) et d) du premier paragraphe du présent article.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate, nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen worden sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

Artikel 14

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absatz 2 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen hat das beteiligte Mitglied die Gebiete bekanntzugeben,

- a) für die es die Verpflichtung zur unveränderten Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens übernimmt,
- b) für die es die Verpflichtung zur Durchführung der Bestimmungen des Übereinkommens mit Abweichungen übernimmt, unter Angabe der Einzelheiten dieser Abweichungen,
- c) in denen das Übereinkommen nicht durchgeführt werden kann, und in diesem Falle die Gründe dafür,
- d) für die es sich die Entscheidung bis zu einer weiteren Prüfung der Lage in Bezug auf die betreffenden Gebiete vorbehält.

2. Die Verpflichtungen nach Absatz 1 a) und b) dieses Artikels gelten als Bestandteil der Ratifikation und haben die Wirkung einer Ratifikation.

3. Jedes Mitglied kann die in der ursprünglichen Erklärung nach Absatz 1 b), c) und d) dieses Artikels mitgeteilten Vorbehalte jederzeit durch eine spätere Erklärung ganz oder teilweise zurückziehen.

4. Any Member may, at any time at which the Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 16, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of such territories as it may specify.

Article 15

1. Declarations communicated to the Director-General of the International Labour Office in accordance with paragraphs 4 or 5 of Article 35 of the Constitution of the International Labour Organisation shall indicate whether the provisions of the Convention will be applied in the territory concerned without modification or subject to modifications; when the declaration indicates that the provisions of the Convention will be applied subject to modifications, it shall give details of the said modifications.

2. The Member, Members or international authority concerned may at any time by a subsequent declaration renounce in whole or in part the right to have recourse to any modification indicated in any former declaration.

3. The Member, Members or international authority concerned may, at any time at which this Convention is subject to denunciation in accordance with the provisions of Article 16, communicate to the Director-General a declaration modifying in any other respect the terms of any former declaration and stating the present position in respect of the application of the Convention.

Article 16

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on

4. Tout Membre pourra, pendant les périodes au cours desquelles la présente convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 16, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes de toute déclaration antérieure et faisant connaître la situation dans des territoires déterminés.

Article 15

1. Les déclarations communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail conformément aux paragraphes 4 et 5 de l'article 35 de la Constitution de l'Organisation internationale du Travail doivent indiquer si les dispositions de la convention seront appliquées dans le territoire avec ou sans modifications; lorsque la déclaration indique que les dispositions de la convention s'appliquent sous réserve de modifications elle doit spécifier en quoi consistent lesdites modifications.

2. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront renoncer entièrement ou partiellement, par une déclaration ultérieure, au droit d'invoquer une modification indiquée dans une déclaration antérieure.

3. Le Membre ou les Membres ou l'autorité internationale intéressés pourront, pendant les périodes au cours desquelles la convention peut être dénoncée conformément aux dispositions de l'article 16, communiquer au Directeur général une nouvelle déclaration modifiant à tout autre égard les termes d'une déclaration antérieure et faisant connaître la situation en ce qui concerne l'application de cette convention.

Article 16

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la

4. Jedes Mitglied kann dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt in bestimmten Gebieten bestehende Lage angegeben wird.

Artikel 15

1. In den dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes nach Artikel 35 Absätze 4 und 5 der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation übermittelten Erklärungen ist anzugeben, ob das Übereinkommen in dem betreffenden Gebiet mit oder ohne Abweichungen durchgeführt wird; besagt die Erklärung, daß die Durchführung des Übereinkommens mit Abweichungen erfolgt, so sind die Einzelheiten dieser Abweichungen anzugeben.

2. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können jederzeit durch eine spätere Erklärung auf das Recht der Inanspruchnahme jeder in einer früheren Erklärung mitgeteilten Abweichung ganz oder teilweise verzichten.

3. Das beteiligte Mitglied, die beteiligten Mitglieder oder die beteiligte internationale Behörde können dem Generaldirektor zu jedem Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach Artikel 16 gekündigt werden kann, eine Erklärung übermitteln, durch die der Inhalt jeder früheren Erklärung in sonstiger Weise abgeändert und die in dem betreffenden Zeitpunkt bestehende Lage in Bezug auf die Durchführung dieses Übereinkommens angegeben wird.

Artikel 16

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag,

which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

Article 17

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications, declarations and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

Article 18

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications, declarations and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

Article 17

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications, déclarations et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

Article 18

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications, de toutes déclarations et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

an dem es zum ersten Mal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

Artikel 17

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

Artikel 18

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen, Erklärungen und Kündigungen.

Article 19

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

Article 20

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides:

- (a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of Article 16 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;
- (b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

Article 21

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

Article 19

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa revision totale ou partielle.

Article 20

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant revision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

- a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant revision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 16 ci-dessus, dénonciation immédiate de la présente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant revision soit entrée en vigueur;
- b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant revision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant revision.

Article 21

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

Artikel 19

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

Artikel 20

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

- a) Die Ratifikation des neu gefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich, ohne Rücksicht auf Artikel 16, vorausgesetzt, daß das neu gefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.
- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neu gefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neu gefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

Artikel 21

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.